

Rede Seebrücke Bochum - 14.02.2025 - Nieder mit der AFD

"Jedes Zuhause ist ein zufälliges: Dort wirst du geboren, hierhin vertrieben, da drüben vermachst du deine Niere der Wissenschaft. Glück hat, wer den Zufall beeinflussen kann. Wer sein Zuhause nicht verlässt, weil er muss, sondern weil er will."

Das Zitat stammt aus dem Roman "Herkunft" des Autors Saša Stanišić, der selbst als Jugendlicher in den 1990er Jahren aus Bosnien fliehen musste.

Menschen werden zur Flucht gezwungen. Weltweit - aufgrund von Kriegen, Krisen und Konflikten. Und aufgrund wirtschaftlicher Not, weil wir im globalen Norden ihnen die Lebensperspektive nehmen. Sei es durch den Klimawandel, den wir verursachen oder durch diese ungleiche Handelsbedingungen und Ausbeutung der Ressourcen. Menschen auf der Flucht entscheiden sich nicht dazu, ihr Zuhause zu verlassen: es gibt schlicht keine andere Wahl.

Viele dieser Menschen sterben auf ihrem Weg in ein vermeintlich sicheres, neues Zuhause. Sie ertrinken im Mittelmeer, erfrieren auf der Balkanroute oder verdursten in der Sahara. Sie werden in Libyen gefoltert, werden an der Grenze in die Europäische Union von Frontex-Soldaten zurückgeprügelt oder landen über Jahre hinweg in abgeschotteten Lagern auf Inseln, weit weg vom Festland.

Einige schaffen es bis nach Deutschland: Hier stehen ihnen zähe Asylverfahren bevor, das Leben in überfüllten Unterkünften, der Druck, sich so schnell wie möglich anzupassen. Die Köpfe und Herzen der Menschen sind voll: Einerseits mit den vielen Anforderungen, die hier auf sie einprasseln und andererseits gefüllt mit Schmerz aufgrund dessen, was ihnen zugestoßen ist; gefüllt mit den Ängsten um die Familien und Freunde, die teils zurückgelassen werden mussten; gefüllt mit eigenen Träumen und Wünschen für die Zukunft im neuen Land.

Über die Schmerzen, Ängste, Träume und Wünsche der Personen, die zur Flucht gezwungen wurden, hören wir in den letzten Jahren immer weniger. Der öffentliche Diskurs ist nicht nur geprägt von Anforderungen an sie, wie sie sich zu verhalten haben - sondern noch viel schlimmer, geprägt von blanker, rassistischer Ablehnung und Vertreibungsphantasien, die in scheinbar harmlose Vokabeln wie "Re-Migration" verpackt werden.

Wir sind heute hier gemeinsam versammelt, um diesem Rassismus, der immer weiter um sich greift, etwas entgegenzusetzen. Als Seebrücke Bochum kämpfen wir - gemeinsam mit vielen anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen - seit Jahren gegen repressive Migrationspolitik, Abschiebungen und das Sterbenlassen im Mittelmeer. Wir beobachten mit größter Sorge, wie in den letzten Jahren Unsagbares zum Sagbaren wurde. Wie die AFD immer mehr Zuspruch erhält, trotz der investigativen Recherchen von Correctiv vor einem Jahr. Wie sich die Bedingungen für geflüchtete Menschen in unserem Land zunehmend verschlechtern - wie Spaltung die Leitplanke des Umgangs ist und nicht Solidarität und Zusammenhalt.

Das jüngste Beispiel haben wir im Bundestag Ende Januar gesehen. Selbst eine sich christlich nennende Partei wie die CDU, macht sich zum Wahlhelfer der AfD. Das Schlimme daran ist, sie wollen die Zusammenhänge nicht verstehen und beharren auf ihrer Position, sie hätten die "Brandmauer" nicht eingerissen, obwohl sie viel Kritik für ihr Antragsverhalten geerntet haben, sogar von kirchlicher Seite und natürlich von all denen, die heute hier versammelt sind.

Und anstatt, die Spirale des Rechtsrucks endlich zu durchbrechen, fordern auch SPD und Grüne immer härtere Abschiebungen und haben in der letzten Legislatur gemeinsam mit der FDP zahlreiche Asylrechtsverschärfungen durchgesetzt.

Wir leben in prä-faschistischen Zeiten. Wie der Aktivist Arne Semsrott es in seinem Buch "Machtübernahme. Anleitung zum Widerstand" formuliert hat, ist die Frage heute nicht mehr: Wären wir im Widerstand gewesen? Sondern: Werden wir widerständig sein? Sind wir gerade widerständig genug?

Und für diesen Widerstand - der jetzt und in Zukunft notwendig ist - braucht es eine starke und funktionierende Zivilgesellschaft - die Stärkung derer, die hier gerade Schulter an Schulter auf der Straße stehen.

Und die Stärkung der Zivilgesellschaft ist immer auch - und das ist eine simple Einsicht - von finanziellen Mitteln abhängig. Und gerade vor diesem Hintergrund ist es ein umso größerer Skandal, wenn wie jüngst geschehen - die Landesregierung unter Führung des CDUlers Wüst die Mittel für alljene Ehrenamtliche streicht, die sich im Rahmen der Landesförderung "Komm An" für Geflüchtete eingesetzt haben; die in ihrer Freizeit Sprachcafés anbieten, Willkommensfeste veranstalten, die geflüchteten Kindern Spiel- und Freizeitangebote machen. Es ist ein Skandal, dass Migrationsberatungsstellen wegen Einsparungen im Landeshaushalt um ihre Finanzierung bangen. Die Beratungsstellen, die Geflüchtete nach rassistischen Attacken unterstützen und auffangen. Es ist ein Skandal, dass auch die wichtigen psychosozialen Zentren für Geflüchtete im Zuge der anstehenden weiteren Kürzungen um ihre Existenz bangen, und das trotz der bereits bestehenden massiven Unterversorgung. Denn: Eine psychosoziale Betreuung der oft traumatisierten Menschen findet in den meisten Fällen nicht statt. Der Berufsverband der Psycholog*innen prangert diesen Missstand seit Jahren an. Im Jahr 2024 erhielten nur 3,1 % der bedürftigen geflüchteten Menschen eine psychosoziale Betreuung. Anstatt Menschen in psychisch belasteten Situationen zu unterstützen, machen jetzt stigmatisierende und kriminalisierende Vorschläge die Runde.

Neben diesen Mittelkürzungen ist natürlich der noch viel größere Skandal, was in den Wahlprogrammen zur Migrationspolitik zu lesen ist. Die AfD fordert eine völkerrechtswidrige Auslagerung von Asylverfahren außerhalb von Deutschlands. Die FDP ist nicht abgeneigt. Die CDU hat diese Forderung sogar gänzlich übernommen. Die AfD fordert die flächendeckende Auszahlung von Sozialleistungen als Sachleistungen. Da wo dies nicht möglich sei, nur noch mit Bezahlkarte. Auch die Union schreibt: "Ganz generell sollen Sachleistungen, wo immer möglich, Vorrang vor Geldleistungen haben. Die Bezahlkarte soll flächendeckend und restriktiv [...] eingeführt werden."

In NRW sind 12 Millionen Euro dafür im Haushalt eingeplant. Ein Hohn, wenn man daran denkt, wofür man dieses Geld sinnvoller einsetzen könnte. Beispiele haben wir ja gerade schon genannt.

Die AFD will laut ihrem Wahlprogramm die Möglichkeit des Familiennachzugs von subsidiär Schutzberechtigten abschaffen. Und CDU-Chef Merz brachte am 31.01. genau diese AFD-Forderung der Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte in den Bundestag ein. Und das obwohl der CDU das Thema Familie angeblich doch so wichtig ist. Wie wir alle wissen, wurde dieser Antrag trotz Unterstützung von AfD, BSW und FDP nur knapp abgelehnt. Subsidiärer Schutz wird Geflüchteten übrigens zuerkannt, denen im Herkunftsland ein »ernsthafter Schaden« droht, weil sie Opfer eines Bürgerkriegs sind oder weil sie in Gefahr sind, Opfer von Todesstrafe oder Folter zu werden.

Die AFD fordert in ihrem Wahlprogramm "konsequente Abschiebung aller ausreisepflichtiger Personen" - was CDU-Chef Merz noch als Reaktion auf die grausame Gewalttat in Aschaffenburg am 23.01. als erste Reaktion gesagt hat, ist uns allen wahrscheinlich noch in Erinnerung: "Wir fordern tägliche Abschiebungen." Damit wird allerdings keine einzige solcher schrecklichen Taten verhindert. Es ist einfach nur taktischer Wahlkampfaktionismus.

Weitere Ähnlichkeiten der Positionen lassen sich leicht finden und die Einigkeit über die Positionen zeigte sich nicht zuletzt im gemeinsamen Abstimmen im Bundestag Ende Januar - die vielbeschworene Brandmauer bröckelt oder besser gesagt: Sie kokelt stetig schwarz durch...

Was nun? Werden wir widerständig sein? Unsere Antwort darauf muss lauten: Ja! Unser Widerstand muss nicht heroisch sein - es geht nicht um große Gesten, sondern um ein alltägliches Ja zum Zusammenhalt und Nein zur Abschottung und Ausgrenzung. Wir sind nach den aktuellen Umfragen wahrscheinlich nicht mehr die Mehrheit, aber wir sind immer noch viele, also: Auf die Barrikaden!

Widersprecht, wenn in der Kneipe, im Fußballverein oder in der Chorprobe etwas Abwertendes über geflüchtete Menschen gesagt wird. Schreibt Leser*innen-Briefe, wenn in der Presse Migration wieder nur als Problem dargestellt wird, aber die Perspektive geflüchteter Menschen kein Gehör finden. Hört Personen zu, die von rassistischer Gewalt betroffen sind und steht ihnen bei. Tretet Initiativen bei, kommt stetig zu Protesten und bringt beim nächsten Mal noch mehr Freund*innen mit. Und wir wissen, wie schwer es ist, neben all den alltäglichen Verpflichtungen und dem Gefühl einer politischen Ohnmacht noch die Zeit und die Kraft zu finden, sich in welcher Form auch immer politisch zu engagieren, aber wenn wir nicht handeln, wenn wir nicht entscheiden, dann finden wir uns irgendwann in einer Gesellschaft wieder, in der die Freiheit und die Rechte eines jeden einzelnen massiv eingeschränkt sein werden. Lasst uns gemeinsam, Schulter an Schulter für Zusammenhalt und gegen Faschismus kämpfen.

Dankeschön.